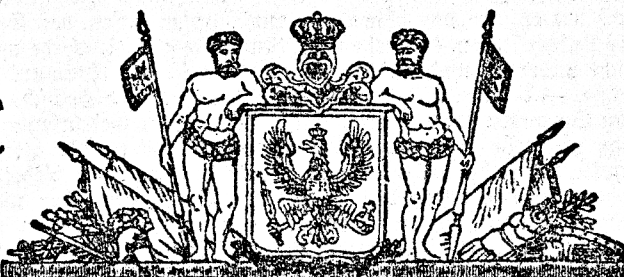


Wirtschaftliche



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantw. f. d. Redaktion (m. Ausnahme d. Handelst.) i. V. Dr. W. H. Edwards in Bln.-Wilmersdorf

Sauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800
11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Bevorstehende Verständigung in Spa.

Ein neues Kohlenabkommen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.
ar Spa, 15. Juli.

Die Gefahr des Abbruches der Konferenz und der Besetzung des Ruhrgebietes ist wahrscheinlich beseitigt. Die deutsche Delegation hat heute vormittag den Alliierten einen Gegenorschlag gemacht. Sein wesentlicher Inhalt ist:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf vorläufig 6 Monate den alliierten Regierungen monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen zur Verfügung zu stellen.
2. Die alliierten Regierungen leisten den Gegenwert der Kohlen bis zur Höhe des deutschen Inlandspreises durch Anrechnung auf den Reparationskonto, ferner aber die Differenz bis zum Weltmarktpreise in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird.
3. Während der Dauer der vorbezeichneten Kohlenlieferung bleiben die Bestimmungen der „Decision“ der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. Juli mitgeteilt und am 11. Juli abgeändert worden sind, außer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich abzuliefernden Menge durch den Wiedergutmachungsausgleich findet solange nicht statt.
4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Obereschleien getroffen, wodurch entweder die deutsche Regierung die Disposition der obereschleischen Kohle zurückhält, oder ihr dort der monatliche Bezug von mindestens 1 1/2 Millionen Tonnen obereschleischer Kohle gewährleistet wird.
5. Es wird alsbald eine gemischte Kommission in Essen eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Mahrung, Kleidung und Wohnung und damit die Erzeugung der Kohlenminen im Ruhrgebiet verbessern kann.
6. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung sowie von Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Versuch zu gewähren. Die Beratungen über diese Vorfrage werden in Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzfrage alsbald unter Zugziehung beiderseitiger Sachverständiger aufgenommen.

Diese Dinge sind heute vormittag mit einem eigenhändigen Begleichschreiben des Ministers Simon an Lloyd George übergeben worden. Der Ueberbringer, einer der deutschen Sachverständigen, Prof. Bonn, wurde gebeten, in der Villa Dr. Frainense auf Antwort zu warten. Soweit bis jetzt bekannt ist, scheint diese Antwort noch nicht erfolgt zu sein, vielmehr heißt es, daß die Konferenz gegen 1 Uhr ohne Beschlußfassung auseinandergegangen ist und auf den Nachmittag verlagert wurde, doch darf man damit rechnen, daß eine Einigung in den nächsten Stunden erzielt werden wird.

Die Vorgesichte dieser Wendung der Dinge läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß durch die Intervention der Engländer plötzlich die Opfer möglich wurden, die man nicht bringen zu können glaubte, so lange mit Frankreich und den anderen Kohlenländern direkt verhandelt worden ist. Der Anstoß zu der Wendung ist in einem Besuch des Ministers Simons gestern nacht bei Lloyd George zu suchen. Dieser Besuch war von beiden Seiten unabhängig von einander vorbereitet worden. Man kann ebenso gut behaupten, daß er auf deutsche wie auf englische Initiative zurückzuführen ist.

Minister Dr. Simons wurde von seiner Villa aus durch ein englisches Regierungsgewand mit einem englischen Adjutanten abgeholt und ebenso wieder zurückgeführt. Beim Eintreten in das Zimmer Lloyd Georges fand er dort den Präsidenten der polnischen Republik Paderewski vor, der gerade Abschied nahm. Lloyd George verschloß nicht, darauf hinzuweisen, indem er Simons fragte, ob er den Herrn kenne.

Die Unterredung mit Lloyd George vollzog sich in freundlichen Formen und es wurden darin die meisten Punkte behandelt, die nachher in dem deutschen Gegenorschlag aufgenommen worden sind. Nach der Unterredung haben die Alliierten gestern nachmittag ihre Entschlüsse für die eventuelle Besetzung eines Teils des Ruhrgebietes gefaßt. Die Besetzung würde von Franzosen, Engländern, Belgiern, Italienern und vielleicht Amerikanern unter französischem Oberbefehl vorgenommen werden. Außerdem haben die Alliierten gestern abend ein Ultimatum an Deutschland formuliert, worin die Ablieferung von 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich gefordert, dagegen aber die Lieferung von Lebensmitteln versprochen wird.

Im Laufe des Abends ließ Minister Simons durch den Sachverständigen Prof. Bonn einige Einzelheiten bei der englischen Delegation vortragen und hat um Feststellung gewisser Unklarheiten. Diese Feststellung erfolgte aber nicht und schließlich wurde

heute vormittag mitgeteilt, daß eine weitere Erklärung nicht gegeben werde.

Man glaubt annehmen zu dürfen, daß die Mehrzahl der Punkte des deutschen Vorschlages als genehmigt anzusehen ist und daß auch in den beiden kritischen Punkten eine Einigung erzielt werden wird. Die deutsche Delegation hat sich entschlossen, die erwähnten Zusagen zu machen, obwohl es noch nicht feststeht, ob die deutsche Kohlenwirtschaft überhaupt in der Lage ist, die zwei Millionen Tonnen tatsächlich zu liefern. Man stützt sich aber auf jenen Passus des Friedensvertrages, worin gesagt wird, daß keine Leistung Deutschlands die deutsche Wirtschaft so schwer beeinträchtigen dürfe, daß Deutschland nicht imstande sei, seine anderen Vertragsverpflichtungen zu erfüllen. Lloyd George selbst hat zugegeben, daß die Annahme der Kohlenforderung für die deutsche Regierung eine schwere Gefahr in sich birgt, er hat aber dazu geraten, dieses Risiko einzugehen.

Die Gefahr besteht nach Ansicht der Delegation hauptsächlich in der Befestigung der Arbeiterfrage und gerade zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß die vorgeschlagene gemischte Kommission in Essen so rasch wie irgend möglich zusammentritt. Der Ausschuss innerhalb der Delegation ist auf 2 Momente zurückzuführen, die beide der Mitwirkung des Ministers Simons zu verhandeln sind; das eine ist ein Telefongespräch, das Simons heute nacht mit Süß hatte und in dessen Verlauf Süß erklärte, daß er nochmals nach Spa kommen wolle (er dürfte bereits eingetroffen sein). Das 2. Moment ist anscheinend eine energische Unterredung, die Simons mit Ferns Stinnes hatte.

Wegen Unterbrechung gdes Telefonates folgt der weitere Bericht im Morgenblatt.

Die gestrige Abendigung des Obersten Rates.

Drahtmeldung.

Spaa, 15. Juli. (S. R.)

Der Sonderberichterstatter des „Handelsblat“ hat von der italienischen Delegation über die gestrige zweite Sitzung der Alliierten folgendes erfahren: Der Oberste Rat beschloß, heute, Donnerstag, früh, den Deutschen mitzuteilen, daß die Alliierten ihnen in der Nachmittagsitzung eine Note überreichen würden, in der festgesetzt sei, 1. daß die Deutschen an der Beschäftigung der französischen und belgischen Gruben und Fabriken schuld seien, und 2. daß die Entente auf ihrer Forderung nach einer monatlichen Lieferung von 2 400 000 Tonnen Steinkohlen durch Deutschland bestarre. Für den Fall, daß Deutschland diese Forderungen nicht sofort genehmigen werde, würden die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen.

Der Arbeitsplan der Konferenz.

Drahtmeldung.

Paris, 15. Juli.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ erzählt über den vorläufigen Verlauf der Verhandlungen in Spa: Man hoffe, bis zum Freitag zu einem Einvernehmen in der Steinkohlenfrage zu gelangen, wenngleich die offiziellen Beratungen nicht besonders ermutigend seien. In den offiziellen Besprechungen sei jedoch ein größeres Verständnis auf Seiten der deutschen Unterhändler und ein verminderter Einfluß von Stinnes festzustellen. Was die Wiedergutmachung anlangt, so dürfte man von der Konferenz in Spa nicht die Festsetzung einer bestimmten Summe erwarten. Millerand werde keinesfalls sprechen, bevor sich die Sachverständigen über die Grundfragen, wie die Jahreszahlungen für den Wiederaufbau zu bewerten seien, geäußert haben. Wenn die Delegation Freitag oder Sonnabend Spa verlasse, dürfte vielleicht nur die anzuwendende Methode festgelegt sein.

Eine Richtigstellung.

Drahtmeldung.

Spaa, 14. Juli. (Amtlich.)

Im Leitartikel des „Temps“ vom 13. Juli wird der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons mit dem deutsch-rumänischen Friedensschluß vom 7. Mai 1918 in Verbindung gebracht, wobei bemerkt wird, daß er einer der tätigsten Mitarbeiter des damaligen Ministerialdirektors Krieger, des Urhebers des bekannten Petroleumabkommens, gewesen sei. Diese Unterstellung ist völlig unrichtig. Der Minister hat niemals in irgendeiner Form an der Vorbereitung oder der Durchführung der Verhandlungen, die zum Bukarester Frieden geführt haben, teilgenommen. Reichstagsabgeordneter Süß trifft heute vormittag in Spa ein.

Ergebnisse der Reichsschulkonferenz.

Ergänzungen und Entgegnung.

Von

Prof. Dr. Paul Hilbebrandt.

In der „Wirtschaftlichen Zeitung“ hat Prof. Dr. Hellpach als die leise angedeutete Idee der Reichsschulkonferenz die Schule als Vorschule der Volksgemeinschaft bezeichnet. Der Gedanke ist zweifellos richtig. In allen reformerisch gesinnten Schriften der letzten Jahre hallte die Frage wider: „Wie können wir die Schule so gestalten, daß der „neue Geist“ der Volksgemeinschaft, ohne den wir zugrunde gehen, schon in ihr vorbereitet wird?“ Und damit wurde ein Problem aufgerollt, das, von einer andern Seite betrachtet, in die Frage ausmündet: „Ist die Schule nur nach pädagogischen oder auch nach sozialpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten?“

Es ist interessant zu sehen, daß diese Frage von Fachmännern sofort im Sinne der Star-Pädagogik beantwortet wird. Ungefähr genau so, wie wenn man von der Stellung des jetzigen Kultusministeriums und denen der früheren Zeiten redet. Jetzt scheint Parteipolitik, früher Womeseinheit jeder Politik die Signatur zu sein. In Wahrheit liegt es natürlich so, daß, da die Verhältnisse vor dem Kriege den Konservativen vorbehalten die Macht garantierten, die Einwirkung des Ministeriums auf die Schulen, in denen meist ebenso konservativ empfindende Lehrer saßen, ganz unmerklich war, ohne deshalb je auszuüben politisch zu sein. Wenn ja einmal ein „Liberaler“ unliebsame Aufmerksamkeit erregte, so ließ man ihn zunächst gewähren, und wenn er sich allzu bemerkbar machte, wurde er „im Interesse des Dienstes“ versetzt. Bei solchen in Folge der Struktur des Lehrbeamtenstandes namentlich an den höheren Schulen sehr selten vorkommenden Fällen kränzte kein Hahn dem Schuldigen nach.

Heute liegen die Verhältnisse anders: neue Parteien sind an die Regierung gekommen. Ihr ganz natürliches Streben ist es, gerade die Lehrer und damit die Jugend auf ihre Richtung umzustellen. Es ist genau das alte Spiel: Die Schule ist ein politisches Instrument! Ihre „Umstellung“ soll im Sinn des neuen Ideals einer sozial, wenn nicht sozialistisch empfindenden Volksgemeinschaft erfolgen.

Unter diesem Gesichtspunkt muß natürlich auch die Reichsschulkonferenz betrachtet werden, und es fragt sich nun, ob sie in dieser Hinsicht einen Erfolg bedeuten. Hellpach leugnet das schlanweg. Er behauptet, daß Leitung und Geleitete gleichmäßig verjagt hätten. Das scheint mir nicht ganz richtig.

Zuzugeben ist, daß die Regierung namentlich bei der Vorbereitung das Menschenmögliche an Ungeheuerlichkeit geleistet hat. Daß sie die Teilnehmerzahl — von den Namen ganz abgesehen — verschweig, verschweigen mußte, weil sie bis in die letzten Tage hinein sie vergrößerte, und zwar nach Möglichkeit zugunsten der extremen Richtungen, ist eben aus dem schulpolitischen Moment begreiflich. Schlimmer ist, daß sie ganz gegen ihre Grundzüge völlig autoritär verfuhr: daß sie sich jede Geschäftsordnungsdebatte verbat, daß sie einen Vertrauensauschuss einsetzte, der die Redner bestimmen sollte, aber sich standhaft weigerte, schulpolitische Gruppen sich auscheiden zu lassen (weil sie politisch seien!) und daher eine Klärung der Sachlage verhinderte.

Wie nicht anders zu erwarten, erlitt sie denn auch die wohlverdiente Niederlage. In ihrer Ratlosigkeit mußte sie selber die Versammlung auflösen, Gruppen zu bilden und den Vertrauensauschuss vor sich aus durch Wahl zu ergänzen. Sie mußte Geschäftsordnungsdebatten zulassen, und schließlich anfolge eines Beschlusses der Versammlung selber auf Abstimmungen verzichten, die — an sich technisch unmöglich — die Versammlung unsterblich lächerlich gemacht hätten. Oder kann man etwa das beste Schulsystem ebenso durch Handaufheben bestimmen, wie Statuten eines Vereines?

Ein Ergebnis konnte also nur gegen die Regierung erzielt werden. Und Hellpach hat ganz richtig gesehen, wenn er davon redet, daß man in den Ausschüssen „in bescheidenem Maße schöpferisch“ gearbeitet hätte. Das ist nun aber unmöglich, wenn man nicht den von ihm verpönten „Betrieb“ in den Mittelpunkt rückt: Eine Idee läßt sich nur durch ihn in die Wirklichkeit überführen, weil Inhalt und Form nun einmal zusammengehören. So erblicke ich denn das wesentliche Ergebnis der Reichsschulkonferenz in dem überall von der Mehrheit eingeschlagenen Weg, die heute gangbaren Schultypen durch Versuch zu erweitern und zu verbessern. Der Fortschritt wäre noch deutlicher gewesen, wenn der Versuch der Oberlehrer geglückt wäre, eine gemeinsame Erklärung aller Richtungen herauszubringen, daß man in diesen Versuchen einen brauchbaren Weg zur Weiterentwicklung unseres Schulwesens sähe. Daß dies nicht gelungen ist, ist bedauerlich, aber die Zeit wird für den Gedanken arbeiten, der ja auch nach Hellpach unsere Kultur noch retten kann. Jedenfalls ging dieser Gedanke der Verständigung weit über das Praktische hinaus in die Idee hinein. Er hätte die üble Atmosphäre von Standinteressen, Ressortpartikularismus usw. mit einem Schlage abgetan. Schade, daß die Volks-